

• BNN

Heroinprojekt Thema in Berlin

Von unserem Redaktionsmitglied
Tina Kampf

Heute entscheidet sich die Zukunft des Karlsruher Heroinprojekts: Der Bundestag stimmt in Berlin darüber ab, ob synthetisch hergestelltes Heroin künftig auf Kosten der Krankenkassen an Schwerstdrogenabhängige abgegeben wird. Dies sieht ein Gruppenantrag von SPD, den Grünen, der FDP und der Linkspartei vor (die BNN berichteten).

Karlsruhe warnt indessen vor einem möglichen Abbruch des umstrittenen Projektes. Sollte sich letztlich die CDU bei der Abstimmung mit ihrer Forderung nach einer Fortsetzung der Modellversuche durchsetzen, müsse Karlsruhe als teilnehmende Stadt bis Anfang 2011 aus dem Projekt aussteigen. „Dann wäre finanziell die Fahnenstange erreicht“, sagte gestern Karlsruhes Sozialbürgermeister Harald Denecken (SPD). Die heroingestützte Behandlung von Schwerstabhängigen wurde 2002 ins Leben gerufen. Das Modellprojekt

Denecken warnt vor einem Abbruch

richtet sich an langjährig Abhängige, bei denen andere Substitutionsprogramme – etwa mit Methadon – fehlgeschlagen sind. Beteiligt sind auch Hamburg, Hannover, Bonn, Köln, Frankfurt am Main und München. Nach Angaben der Stadtverwaltung hat Karlsruhe in den vergangenen sieben Jahren knapp 2,5 Millionen Euro für das Heroinmodell aufgewendet, das seien über 80 Prozent der erforderlichen Zahlungen. Derzeit wird das künstliche Heroin auf Basis einer Sondergenehmigung in der Ambulanz der Arbeiterwohlfahrt ausgegeben.

Nach jahrelangem Streit wurde für die Stimmabgabe der Fraktionszwang für die Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition aufgehoben. Die SPD geht davon aus, dass der fraktionsübergreifende Antrag, den im Vorfeld mehr als 250 Parlamentarier unterschrieben haben, eine Mehrheit findet. „Trotz anhaltender Bremsversuche der Union gibt es jetzt einen Hoffnungsschimmer zum Ende der Legislaturperiode“, erklärte gestern der Karlsruher SPD-Abgeordnete Johannes Jung. Der Sozialdemokrat gehört zu den zehn Erstunterzeichnern des Gesetzentwurfes, den eigenen Angaben zufolge auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Wellenreuther mittragen wird: „Die Experten-Anhörung hat bestätigt, dass das Projekt zu einer Reduzierung des Drogenkonsums bei den meisten Teilnehmern führt. Viele lösen sich aus der Drogenszene, finden wieder Anschluss in der Gesellschaft und können so ihr soziales Umfeld verbessern“, bilanziert der Christdemokrat. Die Beschaffungskriminalität werde weniger und die gesundheitliche Gesamtverfassung der Patienten verbessere sich. Deshalb gehe es jetzt darum, eine gesicherte Grundlage für die weitere Heroinabgabe zu schaffen. Dabei müsse jedoch der beteiligte Personenkreis klar definiert und der Ausstieg das Ziel sein. Landesweit gibt es etwa 250 Schwerstabhängige, denen mit künstlichem Heroin geholfen werden kann.